

# Investitionsstandort neue Bundesländer

## Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

### Herausgeber:

**Dr. jur. Hartmut Hahn,**  
Regierungsdirektor im Thüringer Finanzministerium, Erfurt

### Autoren:

**Dipl.-Jurist Udo Diel,**  
Referent im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn

**Dr. jur. Hartmut Hahn,**  
Regierungsdirektor im Thüringer Finanzministerium, Erfurt

**Dr. jur. habil. Ulrich Hentschel,**  
Rechtsanwalt, Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales  
Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht, München/Halle

**Dipl.-Finanzwirtin Ute Hermanns,**  
Steuerberaterin, Hennef

**Oberregierungsrat Axel von Hoerschelmann,**  
Staatskanzlei des Landes Brandenburg, Potsdam

**Dipl.-Volkswirt Lothar Th. Jasper,**  
Steuerberater, Köln

**Dipl.-Volkswirt Peter Korn,**  
Deutscher Industrie- und Handelstag, Bonn

**Ministerialrat Dr. Rolf Schwedes,**  
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn

**Dipl.-Ökonom Werner Tussing,**  
Regierungsoberrat im Thüringer Finanzministerium, Erfurt

**Dipl.-Volkswirt Hans-Richard Pohlmann,**  
Steuerberater, Bonn

**Dipl.-Betriebswirt Herbert Reiß,**  
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Nürnberg

**Dipl.-Betriebswirt Friedrich Schogs,** Ploenzke Consult,  
Wiesbaden/Friedrichroda

**Dipl.-Finanzwirtin Monika Welter,**  
Steuerberaterin, Köln

**Dr. jur. habil. Friedrich-Karl Winkler,**  
Rechtsanwalt, Leipzig

B 50880

**stvl** stollfuß verlag bonn

Juristische Gesamtbibliothek  
der Technischen Hochschule  
Darmstadt

Juristische Gesamtbibliothek TUD



57642254

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Vorwort</b> . . . . .	3
<b>Kurzübersicht</b> . . . . .	5
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> . . . . .	21

## ERSTER TEIL

### **Die Rahmenbedingungen einer wirtschaftlichen Tätigkeit in den neuen Bundesländern – Chancen und Risiken für Investoren**

#### **A. Das Gemeinschaftswerk „Aufschwung – Ost“**

I. Inhalt und Zielsetzung . . . . .	27
1. Qualifizierung/Arbeitsbeschaffung beschleunigen und mit Existenzgründungen verbinden . . . . .	27
2. Kommunale Infrastruktur unverzüglich instandsetzen . . . . .	28
3. Beschleunigte Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur . . . . .	29
4. Modernisierung des Wohnungsbestandes zusätzlich erleichtern, kommunale Wohnungen privatisieren, Stadt- und Dorfsanierung und städtebaulichen Denkmalschutz beschleunigen . . . . .	29
5. Verstärkte Förderung privater Unternehmensinvestitionen . . . . .	29
6. Regionale Wirtschaftsförderung für neue Arbeitsplätze in Problemregionen bündeln . . . . .	29
7. Werfthilfen Ost . . . . .	30
8. Soforthilfe im Umweltschutzbereich . . . . .	30
9. Hochschulen Ost . . . . .	30
10. Instandsetzung im Gebäudebestand des Bundes . . . . .	30
II. Zwischenbilanz: Anfang 1992 . . . . .	30
1. Funktionsfähigkeit von Justiz und Verwaltung . . . . .	30
a) Politische Altlasten . . . . .	30
b) Qualifizierung der Mitarbeiter . . . . .	31
2. Verbesserung der Finanzausstattung von Ländern und Gemeinden . . . . .	31
3. Förderung von Investitionen und Beschäftigung im privaten Sektor . . . . .	31

#### **B. Eigentumsfragen, Bedingungen einer Ansiedlung**

I. Die Eigentumsordnung in den neuen Bundesländern – Stand der gegenwärtigen Entwicklung – . . . . .	33
1. Frei verfügbares Vermögen . . . . .	33
2. Enteignetes Vermögen . . . . .	33
3. Staatlich verwaltetes Vermögen . . . . .	33
II. Frei verfügbares Eigentum . . . . .	33
1. Grundsätze . . . . .	33
2. Erwerb und Veräußerung frei verfügbarer Grundstücke . . . . .	34
3. Grundstückspreise und Steuern . . . . .	35
III. Enteignetes Vermögen – Grundsatz der Rückgabe gem. § 3 Abs. 1 VermG – . . . . .	35
1. Anwendungsbereich . . . . .	35
2. Die Rechtsstellung des Berechtigten (z. B. des vormaligen Eigentümers) . . . . .	35

	Seite
a) Rechte im Verfahren . . . . .	35
b) Wirkung der Rechtsausübung . . . . .	36
aa) Versagung der Grundstücksverkehrsgenehmigung . . . . .	36
bb) Aussetzung des Genehmigungsverfahrens, Zustimmungserklärung, nachträgliche Anmeldung des Rückgabeanspruchs . . . . .	36
3. Der Verfügungsberechtigte . . . . .	36
a) Verfahren gem. § 3 VermG. . . . .	36
b) Verfahren nach § 3 a VermG. . . . .	37
aa) Allgemeiner Überblick . . . . .	37
bb) § 3 a VermG . . . . .	37
cc) § 1 Abs. 2 BinvG . . . . .	38
c) Investitionsbescheinigung nach dem Investitionsvorrang- gesetz (InVorG) . . . . .	40
aa) Verfahren . . . . .	40
bb) Die Entscheidung über den Antrag . . . . .	41
cc) Die Investitionsbescheinigung . . . . .	42
dd) Sicherung von Investitionen/Rückabwicklung der fehlgeschlagenen Investition. . . . .	42
ee) Sonstige Rechte des Anmelders . . . . .	43
ff) Übergangsbestimmungen . . . . .	43
gg) Zwischenergebnis . . . . .	43
IV. Aufhebung der staatlichen Verwaltung . . . . .	43
1. Anwendungsbereich. . . . .	43
2. Verfahren. . . . .	43
3. Rechte des Alteigentümers . . . . .	43
V. Grundbuchberichtigung . . . . .	44
VI. Mietrechtliche Fragen . . . . .	44
VII. Auskünfte . . . . .	44
1. Offizielles Informationsmaterial. . . . .	44
2. Enteignungsgrundlagen. . . . .	44
3. Landesämter zur Regelung offener Vermögensfragen. . . . .	45
 <b>C. Privatisierung der ehemals volkseigenen Betriebe</b>	
I. Ausgangslage . . . . .	47
II. Treuhandanstalt . . . . .	47
1. Gesetzliche Grundlage . . . . .	47
2. Organisation der Treuhandanstalt . . . . .	48
3. Organisation der Niederlassungen . . . . .	50
4. Aufgaben der Treuhandanstalt . . . . .	50
5. Einnahmen und deren Verwendung . . . . .	51
6. Das Vermögen der Treuhandanstalt . . . . .	51
7. Privatisierungsaktivitäten der Treuhandanstalt . . . . .	52
a) Einrichtung einer Firmenbörse . . . . .	52
b) Mittelstandskonzept der Treuhandanstalt . . . . .	52
c) Bildung von Managementgesellschaften . . . . .	53
d) Privatwirtschaftliche Beteiligungsmodelle . . . . .	53
e) Bestellung von Reprivatisierungsbeauftragten . . . . .	53
III. Bilanz der Privatisierungspolitik . . . . .	54
1. Gesamtergebnis . . . . .	54
2. Ergebnisse nach Schwerpunktbereichen . . . . .	55
a) Bundesländer . . . . .	55
b) Branchen . . . . .	55
c) Ausländische Investoren . . . . .	55

	Seite
d) Management-Buy-Out . . . . .	55
e) Kleinbetriebe aus Handel und Dienstleistungen . . . . .	55
f) Land- und Forstwirtschaft . . . . .	56
IV. Bestehende Investitionshemmnisse bei der Privatisierung . . . . .	56
1. Wichtige Investitionshemmnisse im Überblick . . . . .	56
2. Maßnahmen zur Beseitigung von Investitionshemmnissen . . . . .	56
a) Hemmnisbeseitigungsgesetz . . . . .	56
b) Spaltungsgesetz . . . . .	56
c) Neustrukturierung der Treuhandanstalt . . . . .	56
d) Verbesserung der Infrastruktur . . . . .	56
e) Liquiditätshilfen und sozialflankierende Maßnahmen . . . . .	57
V. Methoden der Privatisierung . . . . .	57
1. Grundsätze . . . . .	57
2. Betriebsveräußerung an einzelne Investoren . . . . .	57
3. Gemischte Privatisierung . . . . .	57
4. Privatisierung ohne Verkauf . . . . .	57
5. Ausgabe nennwertloser Aktien und Substanzaktien . . . . .	58
VI. Kaufvertragsverhandlungen mit der Treuhandanstalt . . . . .	58
1. Grundsätze . . . . .	58
2. Checkliste für Verkaufsverhandlungen . . . . .	58
3. Erfolgreiche Akquisitionsstrategie . . . . .	59
VII. Ausblick . . . . .	60
<b>D. Die Umwandlung volkseigener Betriebe in Kapitalgesellschaften und deren Spaltung</b>	
I. Umwandlung volkseigener Betriebe vor dem 1. 7. 1990 . . . . .	61
II. Umwandlung volkseigener Betriebe nach dem 30. 6. 1990 . . . . .	62
III. Spaltung der von der Treuhandanstalt verwalteten Unternehmen . . . . .	63
1. Allgemeines . . . . .	63
2. Spaltungsarten . . . . .	63
3. Voraussetzungen der Spaltung und Spaltungsplan . . . . .	63
4. Wirkung der Spaltung . . . . .	64
<b>E. Steuerliche Investitionshilfen</b>	
I. Das Fördergebietsgesetz . . . . .	67
1. Überblick . . . . .	67
2. Bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens . . . . .	67
3. Begünstigung von Baumaßnahmen . . . . .	68
a) Grundsätze . . . . .	68
b) Betriebsvermögen oder Privatvermögen . . . . .	68
c) Nachträgliche Herstellungsarbeiten . . . . .	68
4. Höhe der Sonderabschreibungen . . . . .	69
a) Wahlrecht . . . . .	69
b) Anschaffungs- und Herstellungszeitpunkt . . . . .	69
c) Sonderabschreibung und normale Abschreibung . . . . .	69
d) Anspruch bereits vor Abschluß einer Investition . . . . .	69
e) Zeitliche Beschränkung . . . . .	69
f) Restwertabschreibung . . . . .	69
5. Gewinnabzug bei Land- und Forstwirten . . . . .	70
6. Steuerfreie Rücklage . . . . .	70
7. Abzugsbetrag bei zu eigenen Wohnzwecken genutzten Gebäuden . . . . .	70

	Seite
II. Das Investitionszulagengesetz . . . . .	71
1. Überblick . . . . .	71
2. Anspruchsberechtigter Personenkreis . . . . .	71
a) Arbeitsgemeinschaften . . . . .	72
b) Betriebe gewerblicher Art . . . . .	72
c) Betriebsgründungen . . . . .	72
d) Organschaft . . . . .	72
e) Personengesellschaften und -gemeinschaften . . . . .	72
f) Rechtsnachfolge . . . . .	72
g) Steuerbefreite Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen . . . . .	73
h) Vermietungsgesellschaften . . . . .	73
i) Wirtschaftlicher Eigentümer . . . . .	73
3. Art der begünstigten Investitionen . . . . .	73
a) Überblick . . . . .	73
aa) Begriffserklärung . . . . .	73
bb) Anschaffungsdefinition . . . . .	73
cc) Herstellungsdefinition . . . . .	73
b) Bewegliche Wirtschaftsgüter . . . . .	74
aa) Sachen . . . . .	74
bb) Tiere . . . . .	74
cc) Betriebsvorrichtungen . . . . .	74
dd) Scheinbestandteile . . . . .	74
c) Abnutzbare Wirtschaftsgüter . . . . .	74
d) Neue Wirtschaftsgüter . . . . .	75
aa) Herstellung . . . . .	75
bb) Anschaffung . . . . .	75
e) Anlagevermögen . . . . .	75
aa) Begriff . . . . .	75
bb) Überführung aus dem Umlaufvermögen . . . . .	75
f) Betrieb, Betriebsstätte im Fördergebiet . . . . .	75
g) Private Nutzung nicht mehr als 10% der Gesamtnutzung . . . . .	76
4. Nicht begünstigte Wirtschaftsgüter . . . . .	76
a) Überblick . . . . .	76
b) Unbewegliche Wirtschaftsgüter . . . . .	76
c) Immaterielle Wirtschaftsgüter . . . . .	76
d) Nicht abnutzbare Wirtschaftsgüter . . . . .	76
e) Umlaufvermögen . . . . .	76
f) Privatvermögen . . . . .	76
g) Geringwertige Wirtschaftsgüter . . . . .	77
h) Sonderabschreibungen . . . . .	77
i) Personenkraftwagen . . . . .	77
5. Verbleibensvoraussetzungen . . . . .	77
6. Investitionszeiträume . . . . .	78
a) Grundsätze . . . . .	78
b) Investitionsbeginn . . . . .	78
c) Investitionsabschluß . . . . .	78
d) Herstellungszeitpunkt . . . . .	78
7. Bemessungsgrundlage . . . . .	78
8. Investitionszulage und weitere Fördermöglichkeiten . . . . .	79
III. Das DDR-Investitionsgesetz . . . . .	79
1. Ziel des Gesetzes . . . . .	79
2. Rücklage bei Überführung bestimmter Wirtschaftsgüter in eine Kapitalgesellschaft . . . . .	79
a) Der geregelte Sachverhalt . . . . .	79
b) Bildung der steuerfreien Rücklagen . . . . .	80
c) Voraussetzungen der Rücklagenbildung . . . . .	80
d) Zeitraum . . . . .	81

	Seite
3. Rücklage für Anlaufverluste einer Tochtergesellschaft in den neuen Bundesländern . . . . .	81
a) Der geregelte Sachverhalt . . . . .	81
b) Bildung der steuerfreien Rücklage . . . . .	81
c) Voraussetzungen der Rücklagenbildung . . . . .	82
d) Auflösung der Rücklage . . . . .	82
e) Zeitraum . . . . .	83
4. Gewerbesteuer . . . . .	83
5. Einschränkung des § 2 a EStG . . . . .	83

**F. Investitionszuschüsse und weitere Förderprogramme**

I. Investitionszuschüsse aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ . . . . .	85
1. Gewerbliche Wirtschaft und Fremdenverkehr . . . . .	85
a) Antragsberechtigung . . . . .	85
b) Förderungswürdige Investitionen . . . . .	85
c) Förderung besonders hochwertiger Arbeit . . . . .	85
d) Förderungsausschlüsse . . . . .	85
e) Fördervolumen . . . . .	86
f) Fremdenverkehrseinrichtungen . . . . .	86
g) Bemessungsgrundlage und Verbleibensvoraussetzungen . . . . .	86
h) Antragsverfahren . . . . .	86
i) Investitionszuschüsse und weitere Fördermöglichkeiten . . . . .	86
2. Bewilligungsbehörden . . . . .	87
II. Finanzierungs- und Informationsprogramme . . . . .	87

ZWEITER TEIL

**Das einzelne Unternehmen in den neuen Bundesländern**

**A. Struktur der Wirtschaftsunternehmen (Wirtschafts- und Gesellschaftsrecht)**

I. Ausgangssituation . . . . .	97
II. Die ursprünglichen volkseigenen Kombinate, Kombinatbetriebe und volkseigenen Betriebe . . . . .	98
1. Das volkseigene Kombinat . . . . .	98
2. Der Kombinatbetrieb . . . . .	99
3. Der volkseigene Betrieb . . . . .	99
4. Das Register der volkseigenen Wirtschaft . . . . .	99
III. Der frühere planwirtschaftliche Groß- und Einzelhandel . . . . .	100
1. Binnenhandelsbetriebe . . . . .	100
2. Außenhandelsbetriebe . . . . .	100
IV. Die privaten Unternehmen, Handelseinrichtungen und Handwerksbetriebe nach früherem DDR-Recht . . . . .	101
1. Entwicklung . . . . .	101
2. Die privaten Handels- und Gewerbebetriebe bis zum Staatsvertrag . . . . .	101
a) Die Kommissionshandelseinrichtungen . . . . .	101
aa) Inhalt und Umfang von Kommissionshandelsverträgen . . . . .	101
bb) Vertragszeitraum und Vertragsnachträge . . . . .	102
cc) Vertragsbeendigung . . . . .	102
dd) Besondere Regelungen . . . . .	102
b) Die Handels- und Gewerbebetriebe . . . . .	102

	Seite
3. Die Handwerksbetriebe . . . . .	103
a) Grundsätze . . . . .	103
b) Die Einkaufs- und Liefergenossenschaften des Handwerks . . . . .	103
c) Die Produktionsgenossenschaften des Handwerks . . . . .	104
d) Die Handwerkskammern . . . . .	104
V. Private Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen nach marktwirtschaftlich orientiertem Recht. . . . .	105
1. Wirtschaftliche Grundlagen . . . . .	105
a) Die Gewährleistung des Privateigentums und der Grundsatz der Vertragsfreiheit . . . . .	105
b) Die Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit . . . . .	106
c) Die Übernahme wichtiger bundesrepublikanischer Wirtschaftsgesetze . . . . .	106
2. Gemeinschaftsunternehmen, die nach der Joint-Venture- Verordnung entstanden sind . . . . .	107
3. Private Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen nach dem Unternehmensgesetz . . . . .	107
a) Allgemeine Vorschriften zur Gründung und Tätigkeit . . . . .	107
b) Die Privatisierung der nach 1972 verstaatlichten Betriebe . . . . .	108
aa) Gegenstand der Umwandlung und Antragsrecht . . . . .	108
bb) Durchführung der Umwandlung . . . . .	108
4. Genossenschaften des Handwerks und deren Umwandlung . . . . .	108
5. Kapitalgesellschaften, die nach der Umwandlungsverordnung entstanden sind. . . . .	109
6. Kapitalgesellschaften nach der treuhandgesetzlichen Umwandlung . . . . .	110
a) Ausgangssituation . . . . .	110
b) Der Gegenstand der Umwandlung . . . . .	110
c) Die Organisation der Treuhandanstalt . . . . .	110
d) Der Ablauf des Umwandlungsverfahrens . . . . .	110
VI. Unternehmensorientierte Rechtsnormen zur Beseitigung von Investitionshemmnissen. . . . .	111
1. Das Vermögensgesetz als Investitionsbremse . . . . .	111
2. Das Investitionsgesetz . . . . .	111
3. Das Hemmnisbeseitigungsgesetz . . . . .	112
a) Allgemeines. . . . .	112
b) Verbesserungen zugunsten der Investoren . . . . .	112
aa) Beseitigung der Verfügungssperre . . . . .	112
bb) Begünstigung von Eigenkapitalzuführungen . . . . .	113
cc) Wegfall von Rückgabeansprüchen gegen Alt-Investoren. . . . .	113
dd) Klärung der Eigentumsverhältnisse . . . . .	113
ee) Verfügung über Grund und Boden . . . . .	113
ff) Altlastenregelung. . . . .	113
gg) Erleichterungen für die Aufstellung der D-Mark- Eröffnungsbilanz . . . . .	113
hh) Erleichterungen bei der Schaffung von Wohnungseigentum . . . . .	114
c) Verbesserungen zugunsten der Alteigentümer. . . . .	114
aa) Rechtsmittel des Alteigentümers. . . . .	114
bb) Vorweggenommene Einweisung des Alteigentümers . . . . .	114
cc) Entflechtung . . . . .	114
dd) Geschäftsführung vor Rückgabe. . . . .	114
4. Das Zweite Vermögensrechtsänderungsgesetz . . . . .	114
a) Allgemeines. . . . .	114
b) Schwerpunkte . . . . .	115

	Seite
<b>B. Beziehungen des Unternehmens zu den Mitarbeitern (Arbeitsrecht)</b>	
I. Grundsätze . . . . .	117
1. Staatsvertrag vom 18. 5. 1990 . . . . .	117
2. Einigungsvertrag vom 31. 8. 1990 . . . . .	117
3. Weiterer Angleichungsprozeß zur Rechtseinheit. . . . .	118
II. Befristete und unbefristete Ausnahmen von der Übernahme des bundesdeutschen Arbeitsrechts . . . . .	118
1. Verfassungsrechtliche Gründe . . . . .	118
2. Überholte und komplizierte bundesdeutsche Regelungen . . . . .	118
3. Wirtschaftliche Gründe . . . . .	119
4. Fehlende Organisationsstrukturen . . . . .	119
5. Soziale Akzeptanz . . . . .	119
6. Sonstige Gründe . . . . .	119
III. Die arbeitsrechtlichen Regelungen im einzelnen . . . . .	119
1. Arbeitsvertragsrecht . . . . .	119
a) Abschluß und Inhalt des Arbeitsvertrages . . . . .	119
aa) Grundsätze . . . . .	119
bb) Fragen nach der bisherigen politischen Betätigung . . . . .	119
cc) Gleichbehandlung . . . . .	120
dd) Befristung von Arbeitsverträgen . . . . .	120
b) Kündigungsfristen . . . . .	120
c) Kündigungsschutz . . . . .	121
aa) Grundsätze . . . . .	121
bb) Besonderer Kündigungsschutz. . . . .	121
cc) Allgemeiner Kündigungsschutz . . . . .	121
d) Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfall . . . . .	122
e) Urlaub . . . . .	123
f) Schadensersatzhaftung des Arbeitnehmers. . . . .	123
g) Betriebliche Altersversorgung . . . . .	124
h) Betriebsübergang. . . . .	124
2. Sozialer Arbeitsschutz . . . . .	125
a) Heimarbeitsrecht . . . . .	125
b) Mutterschutzgesetz, Bundeserziehungsgeldgesetz . . . . .	125
c) Sonn- und Feiertagsarbeit . . . . .	126
d) Gesetzliche Arbeitszeitbeschränkungen . . . . .	126
e) Arbeitszeit in Bäckereien. . . . .	127
f) Hausarbeitstag . . . . .	127
3. Kollektives Arbeitsrecht . . . . .	127
a) Tarifrecht . . . . .	127
aa) Maßgaben des Einigungsvertrags . . . . .	127
bb) Tarifvertragliche Regelungen . . . . .	127
b) Betriebsverfassungsrecht . . . . .	128
aa) Maßgaben des Einigungsvertrags . . . . .	128
bb) Sozialpläne . . . . .	128
cc) Sozialplanvolumen und Aufteilung . . . . .	128
dd) Spaltung von Betrieben. . . . .	129
4. Sonstige Regelungen . . . . .	129
a) Schwerbehindertenrecht. . . . .	129
b) Berufsbildungsrecht . . . . .	129
5. Technischer Arbeitsschutz. . . . .	130
6. Entscheidung arbeitsrechtlicher Streitigkeiten. . . . .	131
<b>C. Leistungen der Arbeitslosenversicherung/Arbeitsförderung und Gründung von Arbeitsförderungs-/Beschäftigungsgesellschaften</b>	
I. Leistungen der Arbeitslosenversicherung/Arbeitsförderung . . . . .	133
1. Rechtsgrundlagen . . . . .	133



	Seite
2. Aufgaben und Leistungen . . . . .	133
a) Aufgaben . . . . .	133
b) Leistungsträger . . . . .	133
3. Die finanziellen Leistungen der Arbeitsämter an Arbeitgeber . . . . .	133
II. Gründung von Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung . . . . .	140
<b>D. Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht</b>	
I. Grundsätze . . . . .	141
II. Rechtsentwicklung im deutschen Einigungsprozeß . . . . .	141
III. Rechtsgebiete und Rechtsquellen des gewerblichen Rechtsschutzes . . . . .	142
1. Patentrecht . . . . .	142
2. Gebrauchsmusterrecht . . . . .	142
3. Geschmacksmusterrecht . . . . .	142
4. Warenzeichenrecht . . . . .	142
5. Sortenschutzrecht . . . . .	142
6. Elektronische Halbleiter . . . . .	142
7. Wettbewerbsrecht . . . . .	142
8. Urheberrecht . . . . .	142
IV. Praxis des Patent-, Muster- und Markenrechts . . . . .	142
1. Überblick . . . . .	142
2. Grundbegriffe des Patentrechts . . . . .	143
a) Rechtsvorschriften . . . . .	143
b) Begriff der Erfindung . . . . .	143
c) Patenterteilungsverfahren . . . . .	144
aa) Patentanmeldung . . . . .	144
bb) Patenterteilung . . . . .	145
cc) Schutzdauer . . . . .	145
dd) Muster: Antrag auf Erteilung eines Patents . . . . .	146
3. Grundbegriffe des Gebrauchsmusterrechts . . . . .	145
a) Rechtsvorschriften . . . . .	145
b) Begriff des Gebrauchsmusters . . . . .	147
c) Anmeldungs- und Eintragungsverfahren . . . . .	147
aa) Gebrauchsmusteranmeldung . . . . .	147
bb) Gebrauchsmustereintragung . . . . .	147
cc) Schutzdauer . . . . .	148
dd) Muster: Antrag auf Eintragung eines Gebrauchsmusters . . . . .	149
4. Grundbegriff des Geschmacksmusterrechts . . . . .	148
a) Rechtsvorschriften . . . . .	148
b) Begriff des Geschmacksmusters . . . . .	148
c) Geschmacksmustererteilungsverfahren . . . . .	150
aa) Geschmacksmusteranmeldung . . . . .	150
bb) Musterregister . . . . .	150
cc) Schutzdauer . . . . .	150
dd) Muster: Antrag auf Eintragung in das Musterregister . . . . .	151
5. Grundbegriffe des Warenzeichenrechts . . . . .	150
a) Rechtsvorschriften . . . . .	150
b) Begriff des Warenzeichens . . . . .	150
c) Das Eintragungsverfahren . . . . .	152
aa) Anmeldung eines Warenzeichens . . . . .	152
bb) Eintragung des Warenzeichens . . . . .	153
cc) Schutzdauer . . . . .	153
dd) Muster: Antrag auf Eintragung eines Warenzeichens oder einer Dienstleistungsmarke . . . . .	153

	Seite
V. Praxis des Wettbewerbsrecht . . . . .	153
VI. Praxis des Urheberrechts . . . . .	155
VII. Schutzrechtsanpassung und Schutzrechtserstreckung . . . . .	155
1. Ausgangssituation . . . . .	155
2. Zur Aufrechterhaltung von Schutzrechten . . . . .	156
a) Zeitliche Entwicklung . . . . .	156
b) Rechtliche Fragen zu Wirtschaftspatent und Ausschließungspatent . . . . .	156
3. Erstreckung gewerblicher Schutzrechte . . . . .	157
a) Grundsätze . . . . .	157
b) Einzelfragen . . . . .	158
aa) Patente . . . . .	158
bb) Industrielle Muster . . . . .	158
cc) Warenzeichen . . . . .	158
4. Kollision von Schutzrechten . . . . .	158

**E. Steuerliche Aspekte der Standortwahl**

I. Verfahrensrecht . . . . .	159
1. Kurzdarstellung . . . . .	159
a) Einleitung . . . . .	159
b) Besteuerungsverfahren im Überblick . . . . .	160
2. Übergangsregelungen für die Anwendung der AO in den neuen Bundesländern . . . . .	161
a) Grundsatz . . . . .	161
b) Einzelregelungen . . . . .	161
aa) Örtliche Zuständigkeit . . . . .	161
bb) Haftung . . . . .	161
cc) Fristenberechnung . . . . .	161
dd) Aufhebung und Änderung von Verwaltungsakten (§§ 129 bis 132, 172 bis 177 AO) . . . . .	161
ee) Buchführungspflicht bei Land- und Forstwirten . . . . .	161
ff) Verspätungszuschlag . . . . .	161
gg) Änderung von Vorbehaltsfestsetzungen . . . . .	161
hh) Änderung vorläufiger Steuerfestsetzungen . . . . .	161
ii) Festsetzungsverjährung . . . . .	161
jj) Verbindliche Zusagen . . . . .	162
kk) Zahlungsverjährung . . . . .	162
ll) Verzinsung . . . . .	162
mm) Verzicht auf Stundungszinsen . . . . .	162
nn) Festsetzungsfrist der Zinsen . . . . .	162
oo) Säumniszuschläge . . . . .	162
pp) Zwangsvollstreckung (§§ 249 ff. AO) . . . . .	162
qq) Außergerichtliches und gerichtliches Rechtsbehelfs- verfahren (§§ 347 ff. AO) . . . . .	163
rr) Straf- und Bußgeldvorschriften, Straf- und Bußgeld- verfahren (§§ 369 ff. AO) . . . . .	163
c) Bestandskraft von Steuerverwaltungsakten der ehemaligen DDR . . . . .	163
II. Besteuerung der Unternehmenserträge . . . . .	163
1. Einkommensteuer . . . . .	163
a) Überblick . . . . .	163
b) Übergangsregelungen des Einigungsvertrages . . . . .	165
aa) Absetzung für Abnutzung bei Gebäuden . . . . .	165
bb) Verlustabzug . . . . .	166
cc) Weiteranwendung des DDR-Rechts . . . . .	166
c) Besonderheiten in den neuen Bundesländern . . . . .	167

	Seite
aa) Sonderregelung: private Altersversorgung . . . . .	167
bb) Durchbrechung der Objektbeschränkung beim Eigenheimerwerb . . . . .	167
cc) Tariffreibetrag . . . . .	168
d) Besteuerung der Mitglieder von Genossenschaften der Landwirtschaft . . . . .	168
2. Körperschaftsteuer . . . . .	169
a) Überblick . . . . .	169
b) Übergangsregelungen des Einigungsvertrages. . . . .	170
aa) Eigenkapitalgliederung . . . . .	170
bb) Gewinnausschüttungen für 1990. . . . .	170
cc) Verlustabzug . . . . .	171
c) Mantelkauf bei Erwerb von ehemaligen DDR-Kapital- gesellschaften. . . . .	172
d) Abzug des bei einer Produktionsgenossenschaft des Handwerks (PGH) entstandenen Verlusts bei der aus der Umwandlung der PGH hervorgegangenen GmbH. . . . .	172
e) Anteilerwerb von der Treuhandanstalt. . . . .	172
f) Ertragsteuerliche Behandlung der Spaltung der von der Treuhandanstalt verwalteten Kapitalgesellschaften . . . . .	172
g) Ertragsbesteuerung der landwirtschaftlichen Produktions- genossenschaften (LPGen). . . . .	173
h) Umwandlung von PGH und Auszahlungen aus den unteil- baren genossenschaftlichen Fonds . . . . .	173
3. Gewerbesteuer. . . . .	173
a) Überblick . . . . .	173
b) Besonderheiten in den neuen Bundesländern . . . . .	174
aa) Verzicht auf die Gewerbekapitalsteuer . . . . .	174
bb) Gestaffelte Gewerbesteuermeßbeträge . . . . .	174
III. Besteuerung des Unternehmensvermögens . . . . .	175
1. Einheitsbewertung und Vermögensteuer. . . . .	175
a) Gesetzliche Bestimmungen im bisherigen Bundesgebiet . . . . .	175
b) Befristeter Verzicht auf die Erhebung der Vermögensteuer in den neuen Bundesländern. . . . .	176
2. Grundsteuer . . . . .	176
a) Allgemeines. . . . .	176
b) Land- und forstwirtschaftliches Vermögen . . . . .	177
c) Grundstücke . . . . .	177
d) Steuerfreiheit für neugeschaffene Wohnungen. . . . .	177
IV. Lohnsteuer . . . . .	177
1. Überblick . . . . .	177
2. Besonderheiten in den neuen Bundesländern . . . . .	178
a) Übergangsregelungen des Einigungsvertrages. . . . .	178
b) Vorruhestands- und Altersübergangsgeld . . . . .	179
c) Steuerliche Behandlung der Mitglieder von Genossen- schaften der Landwirtschaft . . . . .	179
3. Tariffreibetrag . . . . .	179
4. Steuervergünstigungen bei vorübergehender Tätigkeit in den neuen Bundesländern . . . . .	180
a) Steuerfreie Aufwandsentschädigungen im öffentlichen Dienst . . . . .	180
b) Dienstreisen – Doppelte Haushaltsführung . . . . .	180
5. Solidaritätszuschlag . . . . .	181
6. Kirchensteuersätze in den neuen Bundesländern . . . . .	181
V. Umsatzsteuer . . . . .	182
1. Vorbemerkungen zum Zeitablauf . . . . .	182

	Seite
2. Betrachtungszeitraum vor dem 1. 7. 1990 . . . . .	182
3. Betrachtungszeitraum 1. 7. bis 31. 12. 1990 . . . . .	182
a) Grundsätze . . . . .	182
b) Abzug von aus der DDR stammenden Vorsteuerbeträgen . . . . .	182
c) Grenzüberschreitende Beförderungen . . . . .	183
d) Leistungsort bei sonstigen Leistungen (Dienstleistungen) . . . . .	183
e) Wegfall der Vorsteuervergütung an in der DDR ansässige Unternehmer . . . . .	184
f) Differenzbesteuerung auch für in der DDR erworbene Gebrauchtfahrzeuge . . . . .	184
g) Vorsteuerabzug aus Reisekosten . . . . .	184
h) Vorsteuerabzug aus Fahrausweisen . . . . .	184
i) Umsatzsteuerliche Begünstigung von Warenbezügen aus der DDR . . . . .	184
j) Übergangsfragen zum 1. 7. 1990 . . . . .	185
4. Betrachtungszeitraum ab 1. 1. 1991 . . . . .	185
a) Inland – Ausland . . . . .	185
b) Organschaft . . . . .	185
c) Warenbezüge aus der ehemaligen DDR . . . . .	186
d) Steuerbefreiung für Umsätze an NATO-Streitkräfte . . . . .	186
e) Umsatzsteuererklärungen für 1990 . . . . .	186
VI. Zahlenbeispiel: Belastungsvergleich . . . . .	186
1. Gründung eines Einzelunternehmens in den neuen Bundesländern . . . . .	186
2. Verlagerung der selbständigen Betriebsstätte einer Kapital- gesellschaft . . . . .	186
 <b>F. Besonderheiten des Sozialversicherungsrechts als Bestimmungsfaktoren der Standortwahl</b>	
I. Grundsätze . . . . .	189
1. Vorbemerkungen . . . . .	189
2. Rechtsgrundlagen . . . . .	189
3. Fragen der Rechtsanwendung bei deutsch-deutschen Beschäftigungsverhältnissen . . . . .	189
a) Ausstrahlung und Einstrahlung . . . . .	189
b) Begrenzte Beschäftigung . . . . .	191
II. Versicherter Personenkreis . . . . .	191
1. Arbeitnehmer . . . . .	191
a) Grundsatz . . . . .	191
b) Krankenversicherung . . . . .	192
aa) Versicherungsfreiheit bei geringfügiger Beschäftigung . . . . .	192
bb) Versicherungsfreiheit bei Überschreiten der Jahres- arbeitsentgeltgrenze . . . . .	193
c) Rentenversicherung . . . . .	194
d) Unfallversicherung . . . . .	194
e) Arbeitslosenversicherung . . . . .	194
2. Selbständige . . . . .	194
a) Grundsatz . . . . .	194
b) Krankenversicherung . . . . .	195
c) Rentenversicherung . . . . .	195
d) Unfallversicherung . . . . .	195
e) Arbeitslosenversicherung . . . . .	195
III. Beitragsrecht . . . . .	196
1. Beitragsberechnung . . . . .	196
a) Bemessungsgrundlagen . . . . .	196

	Seite
b) Beitragsbemessungsgrenzen . . . . .	196
c) Beitragssätze . . . . .	197
2. Beitragstragung und Beitragszahlung . . . . .	197
IV. Meldepflichten. . . . .	198
V. Altersübergangsgeld . . . . .	199
VI. Hinzuverdienstgrenzen bei beschäftigten Rentnern. . . . .	200
1. Beschäftigte Altersrentner. . . . .	200
a) Bezug einer Altersrente nach SGB VI, mit Beginn nach dem 31. 12. 1991. . . . .	200
b) Bezug einer Altersrente mit Anspruch bereits am 31. 12. 1991 sowie einer Altersrente nach Artikel 2 RÜG. . . . .	201
2. Hinzuverdienstgrenzen bei Bezug von Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit . . . . .	201
a) Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach SGB VI mit Festsetzung nach dem 31. 12. 1991 . . . . .	201
b) Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit mit Anspruch bereits am 31. 12. 1991 sowie Invalidenrente nach Art. 2 RÜG . . . . .	201
 <b>G. Grundzüge und Besonderheiten der DM-Eröffnungsbilanz</b>	
I. Rahmenbedingungen und Zielsetzungen der DM-Eröffnungsbilanz . . . . .	203
II. Aufstellung und Offenlegung der DM-Eröffnungsbilanz . . . . .	203
1. Aufstellungspflicht für Unternehmen, die am 1. 7. 1990 errichtet waren . . . . .	203
2. Aufstellungswahlrecht für Unternehmen, die nach dem 1. 7. 1990 errichtet wurden . . . . .	204
3. Offenlegung . . . . .	205
III. Die DM-Eröffnungsbilanz – Ein Neubeginn. . . . .	205
1. Generalnorm der DM-Eröffnungsbilanz . . . . .	205
2. Anfangsinventar auf den 1. 7. 1990 . . . . .	205
3. Inhalt der DM-Eröffnungsbilanz . . . . .	206
a) Wirtschaftliche Vermögenszugehörigkeit. . . . .	206
b) Ansatz von Verbindlichkeiten und Rückstellungen . . . . .	206
4. Neubewertung in der DM-Eröffnungsbilanz . . . . .	207
5. Strategische Bedeutung der DM-Eröffnungsbilanz . . . . .	207
IV. Die Bewertungskonzeption in der DM-Eröffnungsbilanz . . . . .	207
1. Bewertung von Vermögensgegenständen . . . . .	207
a) Der Neuwert . . . . .	208
b) Der Zeitwert. . . . .	208
aa) Nutzungsbedingte Abschreibungen. . . . .	208
bb) Wertabschlag für das Zurückbleiben hinter dem technischen Fortschritt . . . . .	208
cc) Veräußerungswert . . . . .	209
dd) Der Verkehrswert. . . . .	209
2. Die Bewertung der Schuldposten . . . . .	210
3. Die Umrechnung von Nominalposten in Deutsche Mark . . . . .	210
V. Wichtige Sonderposten in der DM-Eröffnungsbilanz . . . . .	210
1. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung und Sonderrücklage . . . . .	210
a) Sonderverlustkonto. . . . .	210
b) Gewinnrücklage wegen Sonderverlustkonto . . . . .	211
2. Sonderposten aus der Beseitigung der Überschuldung und der Eigenkapitalsicherung. . . . .	211
a) Ehemals volkseigene Unternehmen. . . . .	212

	Seite
aa) Ausgleichsforderung . . . . .	212
bb) Ausgleichsverbindlichkeit . . . . .	213
cc) Gezeichnetes Kapital, Ausstehende Einlagen, Sonderrücklage . . . . .	213
b) Private Unternehmen . . . . .	213
aa) Begriff . . . . .	213
bb) Ausgleichsforderung und Ausgleichsverbindlichkeit. . . . .	214
cc) Gezeichnetes Kapital, Ausstehende Einlagen, Sonder- rücklage, Kapitalwertungskonto . . . . .	214
c) Vorläufige Gewinnrücklage durch Bilanzierungshilfe . . . . .	214
VI. Berichtigung der Eröffnungsbilanz . . . . .	215
VII. Der Anhang zur DM-Eröffnungsbilanz . . . . .	215
VIII. Feststellung und Prüfung der DM-Eröffnungsbilanz . . . . .	215
1. Feststellung. . . . .	215
2. Prüfung . . . . .	215
IX. Steuerliche DM-Eröffnungsbilanz . . . . .	216

## Anhang

<b>A. Anschriftenverzeichnis: Ausgewählte Adressen für Investoren in den neuen Bundesländern . . . . .</b>	<b>217</b>
I. Ministerien und nachgeordnete Bundesbehörden. . . . .	218
1. Außenstellen der Bundesministerien in Berlin . . . . .	218
2. Nachgeordnete Bundesbehörden . . . . .	218
II. Länderministerien und nachgeordnete Behörden . . . . .	218
1. Wirtschaftsministerien . . . . .	218
2. Arbeits- und Sozialministerien . . . . .	219
3. Bezirksverwaltungsbehörden (BVB) . . . . .	219
4. Landesämter zur Regelung offener Vermögensfragen. . . . .	220
III. Treuhandanstalt . . . . .	221
IV. Finanzbehörden und Finanzgerichte in den neuen Bundesländern . . . . .	223
1. Finanzministerien . . . . .	223
2. Oberfinanzdirektionen. . . . .	223
3. Finanzämter . . . . .	224
4. Finanzgerichte . . . . .	232
V. Sozialversicherungsträger in den neuen Bundesländern . . . . .	233
1. Gesetzliche Rentenversicherung . . . . .	233
2. Arbeitslosenversicherung/Arbeitsförderung – Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit in den neuen Bundesländern (Landesarbeitsämter und Arbeitsämter) . . . . .	234
3. Gesetzliche Unfallversicherung . . . . .	241
VI. Kreditinstitutionen. . . . .	247
1. Investitionskreditgeber . . . . .	247
2. Exportkreditversicherung . . . . .	247
3. Bürgschaftsbanken. . . . .	247
VII. Leitstellen für Förderanträge . . . . .	248
1. Handwerksförderung . . . . .	248
2. Industrieförderung . . . . .	248
3. Groß-/Außenhandelsförderung . . . . .	248
4. Einzelhandelsförderung . . . . .	248
5. Verschiedene Förderbereiche . . . . .	248

	Seite
VIII. Fördergesellschaften der neuen Bundesländer . . . . .	249
IX. Industrie- und Handelskammern . . . . .	249
X. Handwerkskammern . . . . .	250
XI. Verbände. . . . .	251
1. Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT) . . . . .	251
2. Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) . . . . .	251
3. Unternehmerverbände. . . . .	251
4. Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW) . . . . .	252
5. Ausstellungs- und Messe-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft (AUMA). . . . .	252
6. Deutscher Steuerberaterverband e.V. – Mitgliedsverbände . . . . .	252
7. Weitere Verbände . . . . .	253
<b>B. Rechtsvorschriften . . . . .</b>	<b>254</b>
I. Verordnung über die Anmeldung vermögensrechtlicher Ansprüche (Anmeldeverordnung) . . . . .	254
II. Gesetz zum Abbau von Hemmnissen bei Investitionen in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) (DDR-Investitionsgesetz – DDR-IG) . . . . .	257
III. Gesetz über Sonderabschreibungen und Abzugsbeträge im Fördergebiet (Fördergebietsgesetz – FördergebietsG) . . . . .	261
IV. Verordnung über den Verkehr mit Grundstücken (Grundstücks- verkehrsverordnung – GVVO) . . . . .	263
V. Gesetz über besondere Investitionen in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (Investitionsgesetz – BInvG). . . . .	266
VI. Investitionszulagengesetz 1991 (InvZulG 1991) . . . . .	271
VII. Verordnung über Gründung, Tätigkeit und Umwandlung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks . . . . .	273
VIII. Gesetz über die Spaltung der von der Treuhandanstalt verwal- teten Unternehmen (Spaltungsgesetz – SpTrUG) . . . . .	276
IX. Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz – THG) . . . . .	281
X. Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz – VermG). . . . .	287
XI. Gesetz über die Feststellung der Zuordnung von ehemals volkseigenem Vermögen (Vermögenszuordnungsgesetz – VZOG) . . . . .	303
XII. Umweltrahmengesetz . . . . .	306
XIII. Verordnung zum Vermögensgesetz über die Rückgabe von Unternehmen (Unternehmensrückgabeverordnung – URüV) . . . . .	307
<b>C. Verwaltungsvorschriften . . . . .</b>	<b>313</b>
I. Gewährung von Investitionszulagen nach der Investitions- zulagenverordnung und nach dem Investitionszulagengesetz 1991 . . . . .	313
1. BMF-Schreiben vom 28. 8. 1991 . . . . .	313
2. BMF-Schreiben vom 31. 3. 1992 . . . . .	328
II. Ertragsteuerrechtliche Behandlung der Spaltung der von der Treuhandanstalt verwalteten Kapitalgesellschaften. . . . .	330
<b>Sachregister . . . . .</b>	<b>331</b>